

Dr.-Ing. Hans-Ulrich Oel

Das Ende der Ressorthoheit ?

Erfordert der demografische Wandel neue Politikkonzepte
und eine neue Entscheidungsstruktur ?

Jahrestagung des Arbeitskreises „Städte und Regionen“
der
Deutschen Gesellschaft für Demographie

Berlin 2. Dezember 2008

These 1:

Das Denken in Institutionen oder Einrichtungen (z.B. Recht auf Kita-Platz) muss abgelöst werden durch inhaltliche Aussagen (z.B. Recht auf Erziehung und Bildung), ein Denken, das nicht in festgefügtten Ressort-zuständigkeiten und Organisationsstrukturen gefangen ist.

These 2:

1. Ressortabgrenzungen sind Organisationsgrenzen, die mit dem Lebensalltag der Bürgerinnen und Bürger oft nichts zu tun haben. Die Organisationsstruktur und die Problemstruktur passen selten zusammen (Mismatch).

Statt die Probleme an die Ressortzuständigkeiten anzupassen, müssen sich Politik und Verwaltung fachübergreifender Betrachtung öffnen, d. h. ggf. muss die Ressorthoheit aufgegeben werde

These 3:

Auch die Hierarchie der Verwaltungsebenen, also die Arbeitsteilung zwischen Gemeinde, Kreis, Region und Land, interessieren die Bürgerinnen und Bürger allenfalls sekundär. Bürgerinnen und Bürger wollen einen Ansprechpartner in ihrem örtlichen Rathaus, das als Front-Office fungieren sollte. Die Arbeitsteilung zwischen Front-Office und Back-Office ist eine interne Organisationsangelegenheit.

These 4:

Auch Mediengrenzen sind Grenzen, die überwunden werden müssen. Daher müssen Medienbrüche vermieden werden. Es ist nicht die Frage, ob eine öffentliche Leistung stationär oder über Internet erbracht wird. Es wird eine Kombination aus stationären, mobilen, temporären und IT-gestützten Dienstleistungen geben müssen.

These 5:

Externer Sachverstand ist durch wissenschaftliche Expertise, Beteiligung der örtlichen und regionalen Wirtschaft und durch bürgerschaftliches Engagement zu aktivieren.

These 6:

Kommunale Egoismen müssen kommunaler Kooperation weichen oder zugunsten regionaler Lösungen zurückstehen, denn Daseinsvorsorge braucht einen ganzheitlichen, d. h. einen sektoral und räumlich übergreifenden Ansatz.

These 7:

Auch private Dienstleistungen können immer häufiger nicht mehr sektoral erbracht werden. Die Trennung beispielsweise der Angebote von Öffentlichem Personennahverkehr, mobiler Lebensmittelversorgung und Zustelldiensten ist unwirtschaftlich und lässt sich nicht länger aufrecht erhalten.

Fazit:

Auf staatlicher wie auf kommunaler Ebene benötigen wir jenseits von Richtlinienkompetenz, Ressorthoheit und Kabinettprinzip den Willen zum Mannschaftsspiel.

Dies kann man allerdings nicht verordnen oder institutionalisieren.

Was die Zukunft betrifft, so haben wir nicht die Aufgabe
sie vorherzusehen, sondern sie zu ermöglichen.

Antoine de Saint-Exup

www.demografischer-wandel.net

Dr.-Ing. Hans-Ulrich Oel, Am Fichtenberg 12 B, D-12165 Berlin
Tel.: +49 30 45030057, mobil: +49 179 2049051, hans-ulrich@oel.name